

Rheingauer Bürgerfreund

Der „Rheingauer Bürgerfreund“ erscheint wöchentlich drei mal: Dienstags, Donnerstags und Samstags, an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für den Rheingau

Bezugspreis vierteljährlich 1.80 Mk. Preis der Anzeigen: die einseitige Zeile 20 Hg., die Reklamezeile 80 Hg. Bei Wiederholungen Rabatt. Verlagsgeld nach Vereinbarung.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises

Größte Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville

Druck und Verlag von Adam Effenke in Oestrich
Telephon Nr. 88.

Größte Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter

Nr 136

Dienstag, den 18. November 1919

70. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

§. 380. Das Tankenschießen ist strengstens untersagt.

Rüdesheim a. Rh., den 13. November 1919.

Percin

Rittmeister und Administrator.

§. 381. Alle Ausländer können sich wieder zur Dienstleistung in der französischen Fremdenlegation anmelden.

Rüdesheim a. Rh., den 13. November 1919.

Percin

Rittmeister und Administrator.

Bekanntmachung.

§. 385. Die Einfuhr sowie der Verkauf der Zeitung „Die Volksstimme“ Verlag in Frankfurt a. M. ist vom 7. November ab auf drei Monate verboten.

Rüdesheim a. Rh., den 13. November 1919.

Percin

Rittmeister und Administrator.

Bekanntmachung.

§. 386. Erkrankungen wie Typhus, Cholera, Gelbfieber, Pocken, Pest, die sofortige Maßnahmen erfordern, sind künftig durch den Bürgermeister dem Administrator sofort beim Eintreten telephonisch mitzuteilen und müssen schriftlich bestätigt werden.

Rüdesheim a. Rh., den 13. November 1919.

Percin

Rittmeister und Administrator.

Bekanntmachung.

§. 387. Die Einfuhr und der Verkauf der Zeitschrift „Der Roland von Berlin“ ist verboten.

Rüdesheim a. Rh., den 13. November 1919.

Percin

Rittmeister und Administrator.

Bekanntmachung.

Betr.: Beschränkung des Lichts und Kraftstrom-Verbrauchs.

§. 380. Im Einverständnis mit der franz. Behörde wird die Anordnung vom 29. v. Mts. §. 353 aufgegeben. An ihre Stelle tritt die nachstehende Anordnung:

Es wird von den Licht- und Kraftstromverbrauchern bestimmt erwartet, daß sie die von den Elektrizitätswerken und Gasanstalten festgesetzten Einschränkungen in der Licht- und Kraftstromentnahme auf genaueste beachten und befolgen, unter allen Umständen die Ersparnisse an Licht- und Kraftstrom zu erzielen, die ihnen von den betr. Werksleitungen aufgegeben werden. Nur bei genauester Befolgung der von den Werksleitungen getroffenen Anordnungen, die der jeweiligen Kohlenlage entsprechend gegeben werden, läßt es sich erreichen, daß mit den zur Verfügung stehenden geringen Kohlenvorräten der Betrieb der Licht- und Kraftstromerzeugenden Anstalten aufrecht erhalten und das Wirtschaftsleben keinen empfindlichen Störungen ausgesetzt wird.

Auf Grund der §§ 3 und 6 der Bekanntmachung über Elektrizität und Gas, sowie Dampf, Druckluft, Heiß- und Leitungswasser vom 3. Oktober 1917 (R.G.B. S. 879) und §§ 5 und 16 der Bekanntmachung des Herrn Reichskommissars für die Kohlenverteilung über die Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Arbeit vom 9. September 1919 wird im Einverständnis mit dem für den Rheingaukreis bestimmten Vertrauensmann des Reichskommissars für Kohlenverteilung für den Umfang des Rheingaukreises folgendes bestimmt:

§ 1

Verbrauchsregelung.

1. Der Verbrauch von Gas und elektrischer Arbeit wird bei allen Verbrauchern, die sie von einem Gasbereitungs- bzw. Stromversorgungsunternehmen beziehen, eingespart.

2. Als Verbraucher im Sinne dieser Bekanntmachung gelten auch solche Großabnehmer (Kommunen, Verbände usw.), die Gas und elektrische Arbeit von einem Werke beziehen, um sie als selbständiges Unternehmen weiter zu verteilen.

3. Anträge auf Änderung der Verbrauchsregelung sind an die Leitung des zuständigen Werkes zu richten.

Solange ein erhöhter Verbrauch nicht genehmigt ist, muß der Verbraucher die bisher gültigen Grenzen einhalten. Bei neu hinzutretenden Abnehmern darf die Stromabnahme bzw. Gasentnahme erst nach erfolgter Regelung des Verbrauchs eingelegt werden.

4. In keinem Falle darf ein Verbraucher mehr Strom und Gas entnehmen, als ihm zugestimmt ist. Auch Anordnungen anderer Behörden berechtigen ihn hierzu nicht.

5. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Verbrauchsregelung auf Grund dieser Bekanntmachung stattgefunden hat, bleibt bei Verbrauchern, die beim Inkrafttreten dieser Bekanntmachung bereits Gas und elektrische Arbeit bezogen haben, die nach den bisher geltenden Bestimmungen zulässige Verbrauchsregelung bestehen. Dasselbe gilt von besonderen Zuteilungen oder Vorschriften, die einzelnen Verbrauchern aus dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung gemacht worden sind.

6. Abnehmer von elektrischem Licht und elektrischer Kraft dürfen nicht mehr als 60% ihres vorjährigen Verbrauchs verbrauchen. Ausnahmen hiervon können nur in ganz besonders dringenden Fällen von dem für den Rheingaukreis zuständigen Vertrauensmann des Reichskommissars Herrn Direktor Seebacher in Eltville zugelassen werden.

Die elektrischen Motore dürfen in der Zeit von 3—6 Uhr nachmittags nicht in Betrieb genommen werden, desgleichen nicht die Gasmotoren. Etwa notwendig werdende Änderungen hinsichtlich der Beschränkung der Kraftstromabnahme und Gasentnahme wird den Abnehmern von dem zuständigen Vertrauensmann des Reichskommissars bzw. von dem Werke, das sie beliefert, künftig mitgeteilt.

§ 2

Neuananschlässe und Erweiterungen.

1) Neuananschlässe sowie Erweiterungen bestehender Anlagen dürfen nur auf Grund besonderer Genehmigung ausgeführt werden. Diese wird nur in dringenden Fällen erteilt.

§ 3

Anordnungen in dringenden Notfällen.

Ergibt sich bei einem Gasbereitungs- bzw. Stromversorgungsunternehmen die unbedingte Notwendigkeit, schlenkt die Einschränkungen des Verbrauchs von Gas und elektrischer Arbeit vorzunehmen zu müssen, so ordnet die Werksleitung die nach Lage des Falles erforderlichen Maßnahmen an. Den Verbrauchern hat sie hinsichtlich der Durchführung Kenntnis zu geben. Die Verbraucher haben ihren Anforderungen unverzüglich nachzukommen. Uebertretungen unterliegen der Bestrafung.

§ 4

Kaufpreis für den Mehrverbrauch.

Verbraucher, die von einem Gasbereitungs- bzw. Stromversorgungsunternehmen Gas bzw. elektrische Arbeit gegen Bezahlung erhalten, haben für jede trotz besonderer Warnung über die zugelassene Menge hinaus verbrauchte elektrische Arbeit bzw. Gas neben der Strafe, die gegen sie gegebenenfalls verhängt wird, einen Kaufpreis zu zahlen, der von der Werksleitung festgesetzt wird.

§ 5

Strafbestimmungen.

1. Wer trotz besonderer Warnung mehr elektrische Arbeit und Gas verbraucht, als nach dieser Bekanntmachung und den getroffenen Anordnungen des Vertrauensmannes des Reichskommissars oder der Werksleitung zulässig ist, oder wer den Vorschriften dieser Bekanntmachung oder den auf Grund dieser Bekanntmachung erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird auf Grund des § 11 der Bekanntmachung des Herrn Reichskommissars für die Kohlenverteilung — Berlin vom 9. September 1919 — mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

2. Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag der nach § 11 Absatz 2 a. a. O. antragsberechtigten Stellen ein.

§ 6

Vorstehende Bestimmungen treten mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Rüdesheim a. Rh., den 14. November 1919.

Der Landrat:

J. B. Alberti

Vielfach besteht bei den ehemaligen Kriegsgefangenen die Ansicht, daß jedem aus der Gefangenschaft Heimgekehrten eine wirtschaftliche Beihilfe zustehe.

Diese Auffassung ist irrig. Nach der Verfügung der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene vom 20.

10. 19. ist das Vorhandensein einer wirtschaftlichen Notlage die unbedingte Voraussetzung für die Gewährung einer Beihilfe. Ein Rechtsanspruch auf diese Beihilfe besteht nicht.

Anträge sind unter Beifügung des Entlassungsscheines und unter Vorlegung sämtlicher Verhältnisse bei den Herren Bürgermeister zu stellen. Die Prüfung der Anträge und die Entscheidung unterliegt dem Hilfsausschuß, der auch aus Vertretern der Kriegsgefangenen besteht.

Rüdesheim a. Rh., den 13. November 1919.

Das Kreiswohlfahrtsamt.

Abteilung für die vom Kriege Betroffenen.

Bekanntmachung.

Der Herr Minister für Volkswohlfahrt hat im Hinblick auf die Schwierigkeiten der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse sich damit einverstanden erklärt, daß die früher auf 1. Oktober 1919 festgesetzte Frist für die Zulassung solcher Personen als Kreisfürsorgereinen, die den Vorbedingungen des § 4 Ziffer 5—7 der Prüfungsordnung für Kreisfürsorgereinen nicht in vollem Umfange entsprechen, bis auf weiteres verlängert wird und daß die im § 19 der Prüfungsordnung vorgesehene Anträge auf staatliche Anerkennung als Fürsorgereinen ohne vorherige Prüfung noch bis zum 1. Oktober 1920 vorgelegt und berücksichtigt werden können.

Rüdesheim a. Rh., den 12. November 1919.

Der Landrat,

J. B. Alberti.

Bekanntmachung.

Bezüglich der Feier des am 19. November stattfindenden Buß- und Bettages sowie wegen der Totenfeier am Sonntag, den 23. November, verweise ich auf die Vorschriften der Regierungspolizei-Verordnung vom 18. März 1916 (Regierungsblatt S. 107). Insbesondere mache ich darauf aufmerksam, daß nach § 1 f dieser Verordnung weder an den Vorabenden dieser Tage noch an den Tagen selbst öffentliche oder private Tanzmusiken, Bälle oder ähnliche Lustbarkeiten veranstaltet werden, am Bußtage außerdem auch öffentliche theatralische Vorstellungen, Schaustellungen und sonstige öffentliche Lustbarkeiten mit Ausnahme der Aufführung ernster Musikstücke (Oratorien u.) nicht stattfinden dürfen und am Totensfest nur theatralische Vorstellungen ernsten Inhalts gestattet sind.

Rüdesheim a. Rh., den 15. November 1919.

Der Landrat.

J. B. Alberti.

Die Schuldfrage.

Berlin, 14. Novbr.

Vor dem Tiergartenportal des Reichstages hatte sich heute eine große Menschenmenge angesammelt, die auf das Erscheinen des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und des Generals Ludendorff wartete. Berliner Emigranten waren im Schilde ihrer Korporationsfarben erschienen. Als bekannt wurde, daß die beiden Herrscher erst am Montag erscheinen würden, erschollen Hochrufe auf Hindenburg und Ludendorff und Niederrufe auf Cohn und Einzheimer.

Im Untersuchungsausschuß selbst wurde die Vernehmung des ehemaligen Vizelandrats

Dr. Helfferich

fortgesetzt. Der Zeuge betont, daß der Verband mit seiner Kollektivnote an Wilson vom 10. Januar die Friedensstimmung schallend ins Schloß geworfen hat. Darnach waren annehmbare und erträgliche Friedensbedingungen überhaupt nicht mehr zu erwarten. Als ihm der Reichslanzler am 12. Januar die Entscheidung über den nach dem U-Bootkrieges überreichte, war Dr. Helfferich tief erschüttert. Er hielt die Entscheidung in diesem Augenblick für einen Fehler, da ihm die Friedensfrage noch nicht ganz abgeschlossen erschien. Sein erster Gedanke sei der des Rücktritts gewesen. Der Zeuge sagt dann wörtlich: In dieser Situation habe ich mit der Frage vorgelegt, ob ich es vor mir selbst verantworten könne, in den Augen unserer Bundesgenossen, unsers eigenen Volkes und unserer Feinde den Untersuchungs- durch eine derartige Demonstration zu diskreditieren, die übrigens ganz nutzlos gewesen wäre. Ich wäre mir als ein Verbrecher vorgekommen, hätte ich so gehandelt. Ich hätte die Schuld auf mich geladen, die ich mitteillos den Leuten überlasse, die hier in diesem Saale am 17. Juli der Kriegsführung in den Rücken gefallen sind. (Große Unruhe bei den Ausschuhmilitärs.)

Deutsche Spar = Prämienanleihe 1919

Wer zeichnet, spart und gewinnt!

Vorsitzender Warmuth: Ich muß diese Äußerung zurückweisen.

Dr. Helfferich: Ich muß mich natürlich fügen. Meine Überzeugung kann ich aber nicht leugnen. Die Entscheidung war also gefallen; der Krieg ging weiter, denn die Feinde wollten den Frieden nicht, und Wilson lehnte jeden Druck auf den Verband ab. Uns blieb nur die Wahl, uns schmähten zu unterwerfen oder das Letzte zu wagen: ein ehrloser Friede oder ein ruhmvoller Untergang. Ehrlos aber kann das deutsche Volk nicht werden, so habe ich unser Volk damals eingeschätzt, und so schäme ich es heute noch ein, trotz allem, was vorgefallen ist. Ich wünsche mich weder hier, noch vor einer anderen Instanz darauf zu berufen, daß ich am 9. Januar der Entscheidung für den Unterseeboottkrieg widerstanden hätte. Ich übernehme vielmehr dafür die moralische und politische Verantwortung. Ich bekenne mich dazu und stehe für sie ein. Dr. Helfferich nimmt dann Bezug auf eine Rede, die der Reichsminister Dr. David am Sonntag in einer Berliner Versammlung gehalten hat. Danach hat Dr. David behauptet, daß nach den bisherigen Feststellungen des Untersuchungsausschusses der Reichstag in der Frage des U-Boottkrieges hinteres Licht geführt worden sei, während man an Wilson einen plumpen Betrugsversuch versucht habe. Komme man dem Reichstag klaren Wein einschenken, als es durch mich in der Frage der Beteiligung Amerikas am Kriege geschehen ist? Wo ist der plumpen Betrugsversuch an Wilson? Wo auch nur der leiseste Anzeichen dafür? Der amerikanische Vorkämpfer Gertrud schreibt in seinem Buche über Herrn v. Bethmann-Hollweg, der nach Dr. David diesen plumpen Betrugsversuch an Amerika begangen haben soll: „Es war leiser für Deutschland, mit Herrn v. Bethmann-Hollweg an der Spitze zum Frieden zu kommen. Die ganze Welt kennt und achtet ihn wegen seiner Ehrenhaftigkeit.“ So der amerikanische Vorkämpfer, und so ein deutscher Reichsminister. (Große Erregung bei den Ausführgenossen. Weisfall im Zuhörerraum. Allgemeine Unruhe im Saal.)

Vorsitzender Warmuth: Ich bitte wirklich, diese Schärfe der Kritik zu unterlassen.

Dr. David erklärt, das er dem Reuen die Antwort auf diese Äußerungen nicht schuldig bleiben werde. (Lachen im Zuhörerraum.)

Vorsitzender Warmuth: Wenn diese Rundgebungen im Zuhörerraum nicht unterbleiben, dann muß ich zur Räumung schreiben.

Dr. Helfferich führt dann weiter aus, daß Amerika nach den Erfahrungen von Versailles auch ohne den U-Boottkrieg den Krieg gegen uns begonnen hätte. Über trotz der Erfahrungen von Versailles gäbe es in Deutschland immer noch Leute, die in Wilson den Mann der Gerechtigkeit und des Friedens feiern und alle Schuld auf das eigene Land schieben. Die Selbsterniedrigung ist in Deutschland zur Krankheit geworden. Dr. Helfferich spricht die Erwartung aus, daß die Feststellung dieses Ausschlusses dazu führen möge, dieser unheilvollen Krankheit in unserem Volke ein Ende zu bereiten. Der Zunge sagte zum Schluß, daß nach seiner Ansicht, die er später noch begründen werde, der U-Boottkrieg deshalb nicht zum Frieden geführt habe, weil die U-Boottwaaffe von innen heraus stumpf gemacht worden sei.

Dr. David nimmt in seiner Erwiderung Bezug auf die in der gestrigen nichtöffentlichen Sitzung behandelte Friedensvermittlung in der zweiten Hälfte des Dezembers seitens einer neutralen Macht, die überaus verheißungsvoll gewesen sei und von der der Reichstag nichts erfahren habe.

Vorsitzender Warmuth hält es für unzulässig, vor der Öffentlichkeit Dinge zu erörtern, die in gedeckter Sitzung behandelt worden sind und die leicht zu einem falschen Urteil in der breitesten Öffentlichkeit führen könnten.

Dr. Helfferich erwidert, daß er selbst im Ausschuss von diesem Friedensschritt, durch wörtliche Berlebung des Telegrammwechsels Mitteilung gemacht habe.

Dr. David erklärt, daß der Reichstag von der Friedensvermittlung einer neutralen Macht und dem Telegramm Bernstorffs, daß eine Friedensaktion ausichtslos sei, wenn der russisch-lose U-Boottkrieg erklärt werde, nichts erfahren habe. Das Volk ist mit verbundenen Augen ins Verhängnis geführt worden.

Es kommt zu einer aufgeregten Szene. Dr. Helfferich springt auf und droht mit dem Verlassen des Saales. Besonders aufgeregter ist Herr Zimmermann, dessen wild hervorgehobene Worte im einzelnen nicht zu verstehen waren.

v. Bethmann-Hollweg (in leidenschaftlicher Erregung): Der Reichsminister Dr. David hat hier erneut in Fortsetzung seiner Rede von Sonntag seltsam, das deutsche Volk sei im Dunkel gehalten und hinteres Licht geführt worden. Er hat das in einer Form getan, welche die schwersten Anlagen in sich schließt. Er hat diesen Angaben die weitere Aussage hinzugefügt, daß hätte gegen Amerika eine illegale Politik getrieben. Diese Aussage kann an Sachverhalt und Schärfe gar nicht überboten werden. Diese Aussage wird hier in offener Sitzung in die Welt geschleudert. Ich lasse diese Aussage nicht auf mir ruhen und ich beantrage, daß der Ausschuss sich sofort darüber schlüssig macht, ob er bei der Annahme des Reichsministers anhängt. (Weisfall bei den Zuhörern.)

Nachdem der Ausschuss sich zurückgezogen hat, gibt der Vorsitzende folgende Erklärung ab:

Der Untersuchungsausschuss ist nach der Verfassung ein selbständiges Organ zur Untersuchung von Tatsachen. Die endgültige Feststellung des Ergebnisses seiner Untersuchungen kann nur nach der Ergründung des Beweismaterials erfolgen. Berichte von Mitgliedern des Ausschusses sind deshalb für den Ausschuss nicht maßgebend. Sofern die Form von Äußerungen zur Veranlassung Veranlassung gegeben haben, ist sie vom Vorsitzenden gerügt worden und wird gegebenenfalls weiter gerügt werden.

Nach einer eingehenden Besprechung der Frage der Munitionslieferungen Amerikas an die Entente vertritt sich der Ausschuss zur Weiterberatung auf morgen.

Wie Ludendorff Trozki half.

Der Untersuchungsausschuss nähert sich immer mehr der Klärung der fehlerhaften Politik der Obersten Heeresleitung. Diese Politik hat auch die Offiziere erzeugt, die genau wie der amerikanische Rechenfehler heute noch in unser Dasein hineinwirken. Es ist ein bis heute in der Öffentlichkeit kaum angerührtes Kapitel, wie Ludendorff dem Bolschewismus in den Sattel setzte, von dem wir auch heute noch nicht mit Bestimmtheit wissen, ob er ein Fehler oder ein Kunststück war.

Der saßen Hosen verendet. Die „Geißelung“ des Bolschewismus wurde und mußte auch ein Kapitel für den Untersuchungsausschuss geben.

Einige Materialien hierzu seien im Nachstehenden gegeben. Als zu Beginn 1917 der Jar geführt war, und die Zentralmächte durch die russische Revolution eine Entlassung der Ostfront erwarteten, sah man sich in dieser Erwartung zunächst getäuscht, weil unter der Führung Kerenskis die russischen Revolutionäre nicht daran dachten, Frieden zu machen und weil die deutsche Politik, von den Aussichten des U-Boottkrieges hynostiert, nicht verstand, die noch mögliche Friedensvermittlung in Verbindung mit der russischen Revolution zu einem Verständigungsfrieden zu bringen. Da hat im März 1917 durch Vermittlung des Abg. Schibemann und des Reichstagslers Bethmann-Hollweg der in Berlin lebende sozialdemokratische Schriftsteller Dr. Helfferich, bekannt unter dem Schriftstellernamen Parvus, um eine Unterredung mit dem ersten Generalquartiermeister Dr. Helfferich mit dem General Ludendorff vor, er wisse, wie man Russland als Kriegsfaktor ausschalten könne. Man müsse sich dazu neuer russischen radikalen Sozialisten bedienen, die nicht in die Petersburger Sozialistenregierung hineingekommen seien. Es sei nun so leicht, sie zu gewinnen, als ihre Führer zurzeit in der Schweiz lebten und er persönlich mit dem tatkräftigsten unter ihnen, Herrn Trozki, befreundet sei. Wenn man ihm und den anderen in der Schweiz wohnenden Sozialisten die Mithilfe nach Russland ermögliche, sie mit Geld und sonstigen Hilfsmitteln ausstatten, würde es ihnen möglich sein, in absehbarer Zeit Kerenski zu stürzen und eine neue russische Regierung herzustellen, mit der Deutschland sofort Frieden schließen könne. Dr. Helfferich brachte den Beweis, daß er selbst russischer Abstammung sei und vor dem Kriege zusammen mit Trozki die zaristischen Kerkler bewohnt habe.

Ludendorffs politischer Berater, General Bartenwerffer, wurde beauftragt, sich über das politische Programm Trozkis zu orientieren. Das geschah durch eine Rückfrage bei — Dr. Helfferich, der übrigens sich bei den höchsten Stellen schon vorher nützlich gemacht hatte. Man muß dazu wissen, daß Helfferich ein politischer Geschäftsmacher größten Stils ist. Er hat in der Türkei einen großartigen Lebenshandel organisiert und es verstanden, sich vom einfachen Journalisten zum mehrfachen Millionär und Rassenbesitzer emporzuarbeiten. Während des Krieges wußte er verschiedene neutrale Sozialistengruppen dadurch für Deutschland zu interessieren, daß er mit amerikanischen Geldern im neutralen Ausland Fabriken für Heereslieferungen errichtete, die dann von ausländischen Sozialisten und ihren Hintermännern betrieben wurden. Graf Brodowski-Rankau, unser früherer Gesandter in Kopenhagen, ist sehr genau darüber unterrichtet. Auch den jetzigen sozialistischen Regierungsmittellern hat er bedeutende Dienste geleistet. Er und seine Gefährten die Gebrüder Elarz, sind vertraute Ratgeber des Ministers des Auswärtigen, Herrmann Müller und des Reichstagslers Bauer und werden von diesen häufig zu besonderen politischen Aufträgen benutzt.

Parvus wurde dann beauftragt, in der Schweiz mit Trozki zu verhandeln, und es ist der Öffentlichkeit bekannt, daß im April bzw. Mai 1917 Lenin und Trozki tatsächlich unter deutscher militärischer Bedeckung aus der Schweiz in einem plombierten Sonderzug durch Deutschland gefahren wurden und ihnen dadurch die Mithilfe nach Russland ermöglicht wurde. Mit großen deutschen Geldmitteln versehen, haben sie dann den Bolschewismus in Petersburg inszeniert. Deutsche Generalstabs-offiziere hatten die Pläne für die Befreiung Petersburgs durch die Bolschewisten am 7. November 1917 ausgearbeitet. Kerenski wurde gestürzt, und ihrem Versprechen getreu fanden sich schon einige Wochen später die Bolschewisten in West-Petersburg zum Friedensschluß mit Deutschland ein. Ludendorff sah erfüllt, was ihm Dr. Helfferich versprochen hatte. Ein Jahr später, im November 1918, sah er die Nachfrüchte des Experimentes: Der Vorkämpfer der Bolschewisten in Berlin, Herr Joffe, hatte mit Geldern und Waffen die deutsche Revolution genau so unterstützt, wie Ludendorff die Revolution der Bolschewisten in Russland. Und heute noch leidet die deutsche Wirtschaft unter den Nachwirkungen der bolschewistischen-kommunistischen Ideen, von denen die radikale Arbeiterbewegung infiziert worden ist. Die Inflation wäre niemals in dem Umfang möglich geworden, wenn wir nicht selber den Bolschewismus erst in den Sattel gesetzt hätten. Aber das hatte Ludendorff damals für eine „militärische Notwendigkeit“ erklärt, ohne die politische Tragweite richtig abzuschätzen. Genau so, wie er den U-Boottkrieg als „militärisch notwendig“ forderie, ohne seine politischen Wirkungen richtig abzumessen.

Um die Reichswehr.

Der „Köln. Zig.“ wird aus Berlin berichtet: Mit Erlaubnis der Regierung wird folgendes Flugblatt verbreitet:

Die Reichswehr ist aufzulösen und durch eine Volkswehr zu ersetzen, die durch ihren organischen Aufbau eine Gewähr dafür bietet, daß sie nicht zu einem Instrument gegenrevolutionärer Hege gemacht werden kann. Ihre Angehörigen sollen von aller Parteienzugehörigkeit freigesetzt werden und müssen bei der Wahl der Führer ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht haben. Sie sind besonders in den Reihen der organisierten Arbeiter zu werben. Der militärische Geist ist überall zu bekämpfen.

Als Herausgeber dieses Flugblattes zeichnet die Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie, der, wie aus dem Firmenschild ersichtlich ist, außer Unabhängigen auch Mitglieder der Mehrheitssozialdemokratie angehören. Wir erleben also das bekannte Schauspiel, daß im Namen von Politikern, die sich zu der Unterbau unserer gegenwärtigen Regierung bildenden Parteien zählen und mit Genehmigung eben dieser Regierung die Auflösung der Reichswehr gefordert wird. Mit dem ersten könnte man sich noch abfinden oder es wenigstens verständlich finden; denn den auf Einigung des Proletariats hinwirkenden Mehrheitssozialisten muß natürlich daran gelegen sein, alles aus dem Wege zu räumen, was den Unabhängigen ein Stein des Anstoßes ist und dazu rechnet verneinlich das Vorhandensein einer dem Parteigetriebe entzogenen, die Festigkeit der Staatsordnung sichernden Truppe. Die weitere Forderung, daß die Reichswehr durch eine sogenannte Volkswehr zu ersetzen sei, die ihre Mannschaften und Führer besonders aus den Reihen der organisierten Arbeiter zu entnehmen habe, zeigt ja auch nur zu deutlich, wohin die Fahrt gehen soll. Greifbar steigt die Erinnerung auf an die rote Garde der Bolschewisten, oder, um ein näher liegendes Bild herauszugreifen, an die berühmte Volksmarinebrigade und ähnlichen, von Klassenbewußten Proletariern zusammengefügten mitläufigen Schiffe aus der Zeit der deutschen Revolution, die als

möglichen Leistungen vorbrachten, nur nicht die, für Ordnung zu sorgen und Leben und Eigentum der Bevölkerung gegen einen hemmungslosen Straßenpöbel zu schützen.

Die Waren im besetzten Gebiet.

An zuständigen Berliner Stelle erfahren die „Berl. Nachr.“: Die interalliierte Rheinlandkommission hatte seinerzeit vorgeschrieben, daß die Warenlager und Vorräte in den besetzten Gebieten in bestimmtem Umfang aufrechterhalten bleiben sollten. Neuerdings hat der amerikanische kommandierende General in Koblenz der deutschen Wassenstillstandskommission in Düsseldorf erklärt, seiner Meinung nach habe die interalliierte Rheinlandkommission nur vorgeschrieben, daß die Vorräte der in den Anlagen 4, 5 und 6 des achten Teiles des Friedensvertrages angeführten Waren nicht in einem solchen Umfang vermindert werden dürfen, daß damit die Absichten des Friedensvertrages umgangen würden; die Absichten solcher Waren seien aber nicht gezwungen, solche Vorräte überhaupt nicht anzutasten. Sie könnten sie verwenden oder veräußern, wenn sie sich vorher an die deutschen Behörden, die allein die Verantwortung für die Erfüllung des Friedensvertrages tragen, wenden und diese die Ermächtigung zur Verwendung gäben.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bestätigt diese Meldung und bemerkt halbamtlich dazu: Sowohl die allgemeine interalliierte Kommission wie die verschiedenen nachgeordneten Befehlungsbehörden hatten recht einschneidende Maßnahmen getroffen, um den Waren- und Lagerbestand jedes einzelnen Industriellen und Kaufmanns in den besetzten Gebieten der Güte und der Menge nach so zu erhalten, wie er zu Anfang der Besetzung war. Daß solche Maßnahmen jeden Güteraustausch, wie überhaupt allen Handel und Wandel unterbanden, war klar. Im Laufe der Zeit hatte die interalliierte Kommission selbst die anfänglichen Maßnahmen teils abgemildert, teils in Einzelfällen gemildert. Jetzt teilt der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, v. Starck, die vorgenannte Erklärung des amerikanischen Oberkommandierenden mit. Ob also ein Kaufmann oder Industrieller im Rheinland Waren verkaufen kann oder nicht, bestimmt sich nach den Erklärungen des amerikanischen Generals lediglich im Innenverhältnis zwischen dem Kaufmann oder Industriellen und der Reichsregierung oder deren Vertretungsbehörden im besetzten Gebiet.

Bleibt sich die Oberkommandierenden der anderen Befehlungsgruppen an diese Erklärung gebunden halten, ist allerdings aus diesen Berliner Auslassungen nicht ersichtlich.

Die Mülhauser Kaiserrede.

An den Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurde wiederholt von dem unabhängigen Eindruck einer Kaiserrede gesprochen, die im Dezember 1916, also in der Zeit des Friedensangebots in Mülhausen im Elsaß gehalten worden war. Der Inhalt dieser Kaiserrede ist bisher in der deutschen Öffentlichkeit nicht bekannt geworden. Ich teile ein Örgenwort im „Berliner Tageblatt“ mit. Der Kaiser gab den Soldaten darin von dem Friedensangebot Kenntnis, daß Deutschland vor allen Umständen einen Siegesfrieden abschließen und den Feinden die Bedingungen vorschreiben werde. Der Kaiser wies die Frage auf: „Könnte der damalige Reichskaiser den Anhalt der Rebe? Wer konnte eine politische so bedeutsame Nachricht ohne Zustimmung der Reichsleitung ins Ausland schicken? Man kann sich in diesem Falle des Verdachts nicht erwehren, daß die untergeordneten Stellen versucht haben, für das deutsche Volk die Vorlesung zu spielen.“ Die Rede war politisch nicht zu verstehen, ihre Meisterarbeit an das Ausland war ein Verbrechen an deutschen Völkern. „Hoffe ich, das wird die Stimmung in England ganz bezeichnend beeinflussen“, sagte der Vertreter der „Alliirten“ in „Frank“. Die Deutschfreundlichen in Holland setzen sich an den Kopf; kein neutrales, noch weniger ein feindliches Land konnte anstandslos dieser Rede des deutschen Reichsoberhauptes für die Öffentlichkeit des Bundes nach Verständigung einleiten.

Merke! Nachrichten.

Gegen die Kapitalflucht.

Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung erfährt, tritt die Verordnung gegen die Kapitalflucht am 1. Dezember in Kraft. An eine Finausschiebung der Verordnung, aus welchen Gründen es auch sei, könne nicht gedacht werden.

Der Wiederanbau.

Vom 25. bis 28. Oktober haben aus Arbeiter- und Arbeitnehmer zusammengelegte deutsche Sachverständigenkommissionen Besuchsfahrten durch die zerstörten Gebietsfabriken Frankreichs gemacht, um einen allgemeinen Eindruck von typischen Zerstörungspunkten und Schadensgruppen, sowie von den Wiederherstellungsarbeiten zu gewinnen, an denen sich Deutschland beteiligen könnte.

500 Frauen in Petersburg erschossen.

„Helsingfors, 13. Nov.“ Die Frauen von 500 Offizieren, die zur Armee Ludendorff übergetreten waren, sind von den Bolschewisten in Petersburg erschossen worden.

Aus dem Baltikum.

Auch die Zurückgebliebenen wollen jetzt heimkehren. „Berlin, 15. Nov.“ Der Begleiter der Entente-Kommission für das Baltikum Admiral Hopman hat die Mitteilung erhalten, daß der Führer der russischen Armee Awolow-Bermondtsch sich mit seiner ganzen Armee gestern nach dem Befehl des Generals v. Eberhardt unterstellt hat. Dieser will alles versuchen, die geordnete Rückführung der ehemals reichsdeutschen Truppen zu ermöglichen.

Der Tag des Friedens.

„Bern, 15. Nov.“ Auf eine Anfrage der bänischen Regierung, wann das Inkrafttreten des Friedensvertrages erwartet werden könnte, ist, wie „Europa Press“ erzählt, Freitagmittag die Antwort eingelaufen: Der Oberste Rat hat beschlossen, daß der 27. November der Tag werden soll, an welchem der Friedensvertrag in Kraft treten soll.

lokale u. Vermischte Nachrichten.

Eltsville voran!

* Eltsville, 17. Nov. Wir stehen unter dem Zeichen des Winters und mit langer Sorge denkt mancher Familienvater daran, ob er bei der bestehenden Brennstoffnot seiner Familie ein genügend warmes Heim bieten kann; denn allem Anschein nach haben wir einen langen und strengen Winter zu erwarten. Für Eltsville aber, mit seinem nahen Wald und seinen reichen Holzgefallen kann und muß der Brennstoffnot abgeholfen werden können. Die neu organisierte kommunale Zentrumsparthei hat deshalb dem Magistrat folgenden Antrag unterbreitet:

1. baldmöglichst ein entsprechend großes Quantum Buchenholz hauen zu lassen;
2. die Abtriebsflächen so zu wählen, daß das gehauene Holz bei jeder Witterung abgefahren werden kann;
3. rechtzeitig die nötigen Fuhrn zur Abfuhr des Holzes bereit zu stellen.

Der Magistrat hat dem Antrage Folge gegeben und es ist zu erwarten, daß die Versorgung der Stadt mit dem nötigen Brennholz störungslos verläuft.

Wein-Diebstahl.

* Eltsville, 15. Nov. Gestohlen wurden vor einigen Tagen nachts aus dem Gebäude der hiesigen Schiffsagentur 2 Kisten mit je 60 und 2 Kisten mit je 40 Flaschen Mauerthaler Wein, Edelgewächse, welche dort zum Versand lagerten. Wiebe, 4 an der Zahl, verbrachten dem Wein in einem Kasten nach Erbach und versuchten dort das gestohlene Gut zu verkaufen, mochten sich dabei aber verdingen und wurde der unehrliche Erwerb festgestellt. Von dem gestohlenen Wein konnten 131 Flaschen zurückgebracht werden, während 69 durch die Diebe bereits anderweitige Verwendung fanden. Der Schaden dürfte sich dadurch auf etwa 1800 Mk. belaufen. Der Diebstahl wurde zur gerichtlichen Anzeige gebracht.

Obstmarkt.

4 Nieder-Jungelheim, 15. Nov. Es kosteten am 12. und 13. November Quitten 65, Komaten 50, (am 13. 11. nur 25), Kirschen 50—130, Birnen 45—50—90 Mk. der Zentner.

Die Kreiskasse in Wiesbaden

weist darauf hin, daß sie Zeichnungen auf die Deutsche Spar-Prämienanleihe entgegennimmt.

Eisenbahnräuber.

* Frankfurt a. M., 17. Nov. Die Bahnpolizei der Eisenbahndirektion bedachte in dem letzten Tagen eine Anzahl schwerer Zugberaubungen auf. Auf dem Bahnhof Goldstein verhaftete sie mehrere Eisenbahnangestellte aus Waldorf-Mörfelden, die aus den haltenden Zügen während der Nacht Schätze, Stoffe und Lebensmittel raubten und diese Waren in einem Stellwerk verbergen. Von hier aus vertrieben die Diebe das Gut. Ferner wurde einer Räuberbande das Handwerk gelegt, die seit Jahresfrist systematisch auf den Bahnhöfen Wiesbaden a. M. und Höchst die dort stehenden Wagen beraubten. Das Diebsgut übernahm ein bekannter Hochster Schieber, der es dann zu hohen Preisen weiterveräußerte. Bei einem der Wiesbadener Diebe fand die Polizei vollständige Handwerkszeuge für das Auslösen und Abheben der Wagenplanken. Weitere Verhaftungen stehen bevor, da die bisher festgenommenen Diebe bereits zahlreiche ihrer Mittäter und Helfer verrietten.

Moderne Eisenbahnräuber.

* Berlin, 17. Nov. Wie dem „Volksanzeiger“ berichtet wird, wurde ein Güterzug auf der freien Strecke auf der Elb-Brücke (Hamburger Strecke) bei Hamburg von einer Diebsbande überfallen und beraubt. Das Zugpersonal war dagegen machtlos.

Oeffentliche Bekanntmachung.

Laut Eintrag in unserm Handelsregister A ist die offene Handelsgesellschaft **Karl Weber u. Co.** in Eltsville a. Rh. und als persönlich haftende Gesellschafter i. Kaufmann **Karl Weber** in Eltsville, 2. der minderjährige **Richard Jakob Brand** in Eltsville, gesetzlich vertreten durch seinen Vater, den Kaufmann **Jakob Brand** daselbst, eingetragen worden.

Die Gesellschaft hat am 1. Juli 1919 begonnen. Geschäftszweig: **Engwergeschäft** in Tabakfabrikaten und Rauchwaren sowie Fabrikation von Tabakspfeifen.

Eltsville, den 4. November 1919.

Das Amtsgericht.

Oeffentliche Bekanntmachung.

In das Handelsregister B Nr. 7 des hiesigen Amtsgerichts ist bei der Firma **Verkaufsstelle für Orgelsäure G. m. b. H.** in Oestrich heute eingetragen worden: Die Prokura des Kaufmanns **Wilhelm Wallers** zu Oestrich ist erloschen.

Mädelsheim a. Rh., den 7. November 1919.

Amtsgericht.

Durch die Anordnung der freien Bewirtschaftung der Güte und Felle ab 15. August 1919 bin ich bei

Anlieferung

von

Großvieh, Pferde u. Jungvieh-Gütern u. Fellen

aller Art stets Abnehmer zu den entsprechenden Tagespreisen und kann diese sämtlichen Güte und Felle sowohl in Boden- als Oberleder, ferner Mantel- und Geschirreleder, sowie Riemenleder, in fertigem Zustande, in Anrechnung der Rohgüte, abgeben. Bei etwaigen Sonderwünschen empfehle schriftliche Anmeldung, damit ich die betr. Leder bereit- bezw. entsprechend fertigstelle.

N. Mahr, Oestrich a. Rh.

Landesverrat.

* Brüssel, 16. Nov. Der hiesige Gerichtshof hat den Schweinemetzger **Wolf** und dessen Frau aus Brüssel, bei Nichterschienen vor Gericht zu 20 Jahren Zwangsarbeit und 3 Millionen 778 000 Franken Geldstrafe verurteilt, weil sie dem Feind während der Besetzung Lebensmittel geliefert haben.

Praktische Abhilfe in der Kohnenot.

* Die Mitglieder eines Wiesbadener Gesangsvereins sind verpflichtet, an den jeweils stattfindenden Übungsabenden jeder ein Bricket mitzubringen, da der Bricket für den Übungsraum keinen Brennstoß hat und die Sänger ihre Stimmbänder nicht erkälten möchten.

Das neue 50-Pfennigstück.

* Seit einigen Tagen ist das erste Geldstück der Deutschen Republik im Umlauf. Das neue 50-Pfennigstück ist seit Jahrhunderten die erste deutsche Münze, die ohne Adler und Wappen erscheint. In der Form gleicht es dem alten Nickel-Kunigoldpfennigstück. Es zeigt auf der Vorderseite eine große 50 und darunter in einem Querbalken in deutscher Schrift das Wort Pfennig. Ueber dem Balken umrahmt die Aufschrift „Deutsches Reich“ die Zahl. Unter dem Wort Pfennig steht die Jahreszahl 1919. Die Rückseite zeigt die stilisierte Wiedergabe einer Kehrreibe in Form eines Reliefs, die quer durch die zweizeilige Aufschrift „Sich regen bringt Segen“ durchschnitten wird. Dies Geldstück, das das Münzzeichen A trägt, ist aus einem leichten, sich fällig anführenden weissen Metall geprägt. Der Rand ist eingeklebt wie bei den silbernen 1/2-Markstücken.

Die Verbreitung falscher Nachrichten

hört nicht auf. In seiner Nummer vom 30. Oktober erzählt der Frankfurter General-Anzeiger, daß ein Zug französischer Berwundeter, die das Opfer der Unruhen im Saargebiet und im Elsaß sein sollten, im Mainzer Bahnhof angekommen wäre. Der Mitarbeiter dieser Zeitung, der von dem Wunsch erfüllt ist, Anruhe und Störung in der Bevölkerung zu säen, ist sicherlich der Meinung, daß die Leichtgläubigkeit der Deutschen ohne Grenzen ist. Kein einziger Zug Berwundeter befand sich in Mainz oder sonstwo im besetzten Gebiet. Einige Franzosen sind bei den Unruhen im Saarlande verlegt worden, wurden aber in den dortigen Spitälern gepflegt. Die Nachrichten des Frankfurter General-Anzeigers bilden hiermit eine Lüge mehr zu den vielen anderen, deren Zweck den aufrichtigen Lesern nicht entgehen kann.

Ein Stückchen Weltgeschichte

rollt an uns vorüber, wenn wir heute einen Güterzug in seiner Zusammensetzung studieren. Neben russischen Wagen, die durch Umbau auf die Normalspur gebracht sind, sehen wir oft Waggons, deren frühere Bezeichnung „Louvain“, „Gent“, „Brügge“ usw. den Untertitel „Mil. Direktion Brüssel“ trägt. In die Gegenwart aber werden wir versetzt, wenn wir neben der alten Bezeichnung „Elsass-Lothringen“ in frischen, leuchtenden Farben die Aufschrift „Alsace-Lorraine“ lesen. Französische, englische und amerikanische Wagen erinnern uns endlich an die Besetzung, zugleich aber auch im Verein mit Wagen neutraler Länder an das Wiedererwachen der Handelsbeziehungen und damit an die Hoffnung auf Völkerverständigung und Frieden!

Gesunkenes Schiff. Der Altonaer Fischdampfer **Holstein** ist in der Nordsee untergegangen. Er hatte eine Mine in das Netz bekommen, die beim Aufziehen explodierte. Etwa 22 Mann der Besatzung sind mit dem Schiff untergegangen.

Vom Schiffsverkehr. Der erste deutsche Seedampfer seit August 1914, „**Edmond**“ von der Reederei A. Kirsten, Hamburg, traf mit einer Ladung Holz von Finnland kommend in Antwerpen ein. Das Einlaufen und Löschen fand ohne jede Störung und ohne jeden Zwischenfall statt. Der Dampfer nimmt für seine Rückfahrt Ladung nach Hamburg ein. Die Hannoversche beweist sich frei.

Weinzeitung.

* Freinsheim, 16. Nov. Hier ist das Weinverkaufsgeschäft sehr reger. Der hiesige Weinverein verkaufte einen größeren Posten 1918er Weißwein zu 10 000—12 000 Mk. und Rotwein zu 6000—6150 Mk. das Fuder.

Volkswirtschaftliches.

Die Weltenerung.

Die englische „Labour Gazette“ bringt in ihrer letzten Nummer eine recht lehrreiche Aufstellung über die Verteuerung der heutigen Lebensführung in einigen der maßgebenden Länder und Städte. Danach hat die Lebenshaltung im Vereinigten Königreich Großbritannien gegenüber der Zeit vor dem Kriege eine Steigerung von 120 Prozent, in Paris um 159 Prozent und in den anderen Städten Frankreichs um 188 Prozent erfahren. In Mailand kostet das Lebens heute 226 Proz. und in 43 anderen Städten Italiens 181 Proz. mehr als im Frieden. Die betriebsenden Steigerungszahlen betragen für Brüssel 267, für Antwerpen 273, für Schweden 209, für die Schweiz 250, für Dänemark 122, für Holland 108, für Spanien 58, für die Vereinigten Staaten 86, für Kanada 94 und für Australien und Seeland 48 Proz. Ueber Deutschland schweigt das englische Sängers Höllichkeit.

Von der Luftschiffahrt.

Vom Delagverkehr. Für die Monate Dezember und Januar soll das Delag-Verkehrsunternehmen „**Bodensee**“ seine regelmäßigen Fahrten Berlin-Friedrichshafen einleiten, um einem Umbau unterzogen zu werden. Dadurch erleidet der so viel in Anspruch genommene Passagier- und Postdienst auf der genannten Luftschiffahrt eine längere Unterbrechung. Die Teilnahme an den Fahrten ist nach wie vor sehr reger, trotz der neuerlichen Preiserhöhung auf 690 Mark für die Fahrt nach Stockholm ist die Bodensee seit der ersten Versuchsfahrt nicht mehr weitergefahren; auch ist vorläufig keine Verlängerung der Linie oder Wiederaufnahme der Zwischenlandung in München vorgesehen.

Verantwortlich: Adam Etienne, Oestrich.



Besser als Worte
überzeugt der Vergleich.
Schlagend beweist er die Überlegenheit von Schuhputz
Erdal
schwarz, gelb, braun, rotbraun
Alleinversteher: Werner & Mertz, Mainz

Haus-Versteigerung.

Donnerstag, den 20. November 1919,
vormittags 11 Uhr,

lassen die Erben der verstorbenen Ehefrau des Gastwirts **Karl Lebert**, Gertrude geb. Basting, das in Erbach i. Rh., Hauptstraße 19 gelegene

Wohnhaus mit Hofraum,

Hausgarten, Holzstall, Kuh- und Pferdestall, Kleinviehstall und Scheune, zusammen 15 63 ar groß, im Rathhaus zu Erbach i. Rh. freiwillig, meistbietend unter günstigen Bedingungen versteigern.

In dem Anwesen ist bis jetzt gutgehende Gastwirtschaft (Kaffeehaus) betrieben worden. Unter dem Wohnhaus befindet sich großer prima Weinsteller.

Interessenten, welche das Anwesen besichtigen wollen, wollen sich an den Rittersen Küstermeister Liebier, hier wenden.

Erbach i. Rh., den 15. November 1919.

Das Ortsgericht.

Schuhwaren für Herbst u. Winter

Prima Bindleder Arbeitsschuhe und Pantoffeln
Prima Boxhals und Chevreau Schnürstiefel

für Herren, Damen, Knaben und Kinder
in reichhaltiger Auswahl und guter Qualität empfiehlt

Jakob Nebel Ww., Oestrich a. Rhein.

Crauerbriefe — Crauerkarten

besert schnellstens „Rheingauer Bürgerfreund“.

Eine trachtige Ziege

zu verkaufen, auch gegen eine fette Ziege zu vertauschen.
Wo, sagt die Expedition dieses Blattes.

Künstliche Beine

Arme
Orthopädische Apparate
und
Korsetts

aller Systeme, gegen Rückgratverkrümmung.

Garantie für guten Sitz.

Illustrierte Preisliste auf Wunsch.

Jac. Reining

Spezialist für künstliche Glieder.

Mainz, Brand 21.

Ein prima schweres

Arbeitspferd

(Wallach) zu verkaufen.
Rh. in der Exped. d. Bl.

Pelzwaren

Große Auswahl aller Pelzarten
Neuanfertigung - Reparaturen
! Mahige Preise !
Fachmännische Verarbeitung.

M. Kofke, Mainz.
Küstermeister.

Kurfürstenstraße 14. I.
Fernspr. 4853, a. Gartenfeldplatz.

Kellerei-Artikel:

Korken, Kapseln, Flaschen- u. Siegelack, Querschneiden, Spunden, Zapfen, Spundstoppfen, Fassdielen, Signetstiche, Pinsel, Schablonen, Etikettenkleber, Fass- u. Flaschenbürsten, Fassstahl, Fassstift, Filtermaterial (Seil-Cellant u. Komel-Theorin), Schwefelsäure, Kellereiergen u. Leuchter, Probeflaschen, Rührer u. Küssen, Flaschenpapier, Kistenbinder, Leder- u. Gummirollen, Stäben u. Trichter aus Holz u. Aluminium, Kork- u. Kapselmessern, Filter, Pumpen, Gummi-schläuche etc.

Rau & Bollenbach,

Spezialgeschäft für Kellerei-Maschinen, Geräte u. Bedarfsartikel.

Bingen a. Rh., Schmittstr. 50.

Die nächste

Mütterberatungsstunde

in Oestrich findet am Mittwoch, den 19. November, nachmittags um 2½ Uhr, in der Kinderschule statt.

Insertate
haben in dieser Zeitung den besten Erfolg

Die nunmehrigen Fuhrlohne

der vereinigten Fuhrwerksbesitzer Oestrichs sind folgende:
für Herbstfuhrwerk:

obere Kerbesrech	25.—
vom Eicherweg bis Ersthäuschen	15.—
untere Gemart	12.—
Dungfahren:	
obere Kerbesrech pro Karren	15.—
vom Alimont bis mittleren Kerbesrech	12.—
vom Ersthäuschen bis Alimont	10.—
vom 2. Eicherweg bis Ersthäuschen	9.—
vom 1. Eicherweg bis 2. Eicherweg	8.—
vom Bidergasse bis Eicherweg	7.—
vom Ort bis in die Siedergasse	6.—
Doosbergseite:	
von der Tiefengasse aufwärts	8.—
von Reuweg bis Fuchshöhl	7.—
vom Ort bis Reuweg	6.—
vom Ort bis Wetsched	5.—
von Wetsched bis Reichardshausen	7.—
von Reichardshausen bis Ernet	10.—
vom Ort bis untere Schmalgasse	5.—
1 Rute pflügen mit 1 Pferd	—50
1 Rute säen und eggen pro Rute	—15
die Rute doppelspännig	—80
die Rute Kleader	1.—
100 Wellen oberen Kerbesrech	35.—
1 Fuhr Kohlen von der Bahn	5.—
1 Fuhr Stroh oder Futter je nach Zeit	10.—
1 Fuhr Sand vom Rhein	4.—
1 Tag Taglohn	40.—

Der katholische Kaufmann im neuen Deutschland

ist das Thema, worüber

Herr Dr. Söhling,

Leiter der Westdeutschen Landesgeschäftsstelle des Verbandes kath. kaufm. Vereinigungen Deutschlands E. V.

am Mittwoch, den 19. November 1919, (Vorf. u. Vortag),

nachmittags 5 Uhr,

im Saale des katholischen Vereinshauses in Eltville sprechen wird.

Katholische Kaufleute von Eltville und Umgebung, ob

Selbständige oder Angestellte, erscheint zahlreich.

Der Vorstand

des kath. kaufm. Vereins „Oberheingau“

Jos. Abt, 1. Vorsitzender.

Bei meinem Abschied von Erbach danke ich meinen Freunden und Bekannten, insbesondere den Eltern meiner Schulkinder und den Mitgliedern des Marienvereins für das mir geschenkte außerordentlich große Wohlwollen und sage allen ein herzlichstes Lebewohl!

Erbach, den 17. November 1919.

R. Siegemann, Lehrerin.

Pelzwaren

Lager aller modernen Pelze
Anfertigung u. Umarbeitungen in bester
fachmännischer Ausführung.

G. Gompertz

Ludwigstr. 1 Mainz Telefon 1595

Bringe hiermit zur Anzeige, daß ich vom 25.—29. ds. Mts.

Mohn

und vom 3.—15. Dezember

Nüsse

zu Del schlagen werde.

Raps wird noch alle Tage angenommen.

Pet. Ant. Salz, Oelmühle, Camp.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Todes-Anzeige.

Sanft und gottergeben, wiederholt gestärkt durch die heiligen Sakramente, verschied am Sonntag früh um 1/1 Uhr meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Aloysia Etienne,

geb. Mehringer,

nach längerem Leiden, in ihrem 66. Lebensjahre, was wir teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten mit der Bitte um ein stilles Gedenken tiefbetruert anzeigen.

Oestrich, Hallgarten, Mainz, Eltville, Sonnenberg, Montabaur, Mittelheim und Rüdesheim, den 17. November 1919.

Namens der trauernd Hinterbliebenen:

Adam Etienne.

Beerdigung am Mittwoch nachmittag 3 1/2 Uhr, Seelenamt am Mittwoch morgen 6 1/2 Uhr.



Zeichnungen

auf die

Deutsche Spar-Prämienanleihe von 1919

werden bei unserer Hauptkassa, sämtlichen Landesbankstellen und den Sammelstellen der Nassauischen Sparkasse in der Zeit vom

10. November bis 26. November

kostenlos entgegengenommen.

Auf Barcassationen zum Zwecke der Zeichnung vergüten wir während der Zeichnungszeit 4%, Zinsen vom Einzahlungstag bis zum 29. Dezember d. J. (dem Abrechnungstage).

Wiesbaden, den 7. November 1919.

Direktion der Nassauischen Landesbank.



Bekanntmachung.

Nach der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober 1919 dürfen Bins- oder Gewinnanteilscheine, sowie ausgelagerte, gekündigte oder zur Rückzahlung fällige Stücke von inländischen Wertpapieren vom 1. Dezember 1919 ab bei den Banken nur noch gegen Vorlage der vorgeschriebenen Bescheinigung über die bei der Steuerbehörde erfolgte Anmeldung der dazu gehörigen Stücke eingelöst werden.

Daher diese steuerbehördliche Anmeldung darf eine Einlösung nur erfolgen, wenn die Wertpapiere bei einer Bank zur Verwahrung und Verwaltung hinterlegt sind.

Es empfiehlt sich daher für die Wertpapierbesitzer, ihre Wertpapiere bei uns zu hinterlegen.

Die Einreichung kann bei unserer Hauptkassa in Wiesbaden sowie bei sämtlichen Landesbankstellen erfolgen.

Wiesbaden, den 11. November 1919.

Direktion der Nassauischen Landesbank.

Schlafzimmer: dunkel Nussbaum u. schv. Birke mit 2 m breiten Spiegelschränken und weißem Marmor.

Schlafzimmer: hellereiche und dunkel Nussbaum lackiert, 2- und 3 teilig mit und ohne Spiegel.

Speisezimmer: echt eichen und am. Nussbaum lackiert.

Berzengzimmer: echt Eichen.

Küchen: Mittelstücken und tauhengrau lackiert.

Einzelmöbel: wie Vertikal, Tisch- und Leinwandkommoden, Kleiderchränke, Bettstellen, Nachtschränke, Klappstühle usw. kaufen Sie bei

Kraft G. m. b. H., Mainz, Neufurstr. 11. Telefon 1169. Keine Laden! Großverkauf.

Elektr. Installationsmaterial

Bergmannsrohr 11 mm, Draht 1,5, sowie alle Kleinmaterialien billigst bei

Flack, Wiesbaden, Luisenstr. 23, gegenüber dem Realgymnasium. Telefon 747.

Zwei bis dreitausend

Rhabarberpflanzen,

zwei 1/2 Stück, 1 Paar Pflanzen zu verkaufen bei

Frg. S. Schick 1., Erbach i. Rhg.

Faß-Verkauf,

von 100—600 Ltr. Inhalt, neue und gebrauchte.

Küfer: Braun, Mainz, mittl. Meiche 34, Telefon 2148.

Schöne kräftige

Ferkel

(4 Wochen alt) hat abgegeben

Josef Koppel 1., N. Wallst.

Vertrauensstellung.

Für einen Hof im Rheingau wird ein durchaus zuverlässiger im Gemüde- u. Obsthau erfahrener

Gärtner

gesucht. Anerbieten mit Zeugnissen unter Chiffre Nr. 400 an Rheingauer Bürgerfreund.

Traves Kinderliebes kath.

Mädchen

zu 2 Personen und 1 Kind (6 Jahr) nach Mainz sofort oder später gesucht. Kochkenntnis erwünscht.

Offerten unter B. 8 an die Expedition.

Hautjucken

besond. in der Bettwärme zu lästig. Kratzen reizend (rote Punkte, kl. wässrige Bläschen) heilt völlig Apoth. Schanz-Hautausschlagmittel 2 Töpfe (zu einer Kur unbedingt erfordl.) Mk. 6.—. Glänz. Heilberichte. Vers. p. Nachn. nur durch Apoth. Schanz, Einsiedel 216 b. Chemnitz i. Sachsen.

Ia. Torfstreu

und Mulch, in Ballen und lose, in bester Qualität auf Lager bei

Otto Eger Witw., 29 in Tel (Hhg.)

Profilisten, Paktoren

Adolf Adam Hönne, Oestrich

Evangelische Kirchen-Gemeinde

oberen des Rheingaus.

Mittwoch, den 19. Nov. 1919

Vortag.

10 Uhr vorm.: Gottesdienst in der Pfarrkirche zu Erbach.

8 Uhr nachm.: Gottesdienst in der Heilandskirche zu Niedermallst.

Evangelische Kirchen-Gemeinde

Oestrich.

Mittwoch, den 19. Nov. 1919

Vorf. u. Vortag.

8 1/2 Uhr vorm.: Beichte und Feier des hl. Abendmahls in Oestrich.

9 Uhr vorm.: Gottesdienst in Oestrich.

11 1/2 Uhr vorm.: Gottesdienst in Erbach; im Anschluß an den Gottesdienst Beichte und Feier des hl. Abendmahls.